

Paraguay: erst "gebremst", dann sozial explosiv

Ortega, Mauro Andrés Florentín

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Ortega, M. A. F. (2003). *Paraguay: erst "gebremst", dann sozial explosiv*. (Brennpunkt Lateinamerika, 2). Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-444960>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 2

24. Januar 2003

ISSN 1437-6148

Paraguay: erst „gebremst“, dann sozial explosiv

Von Mauro Andrés Florentín Ortega*

Im Juli vergangenen Jahres fiel die Entscheidung von Präsident Luis González Macchi, die Privatisierung der staatlichen Unternehmen abubrechen. Die Regierung hatte angesichts der extremen Situation des Landes klein beigeben müssen, nachdem durch eine massive Opposition der Bevölkerung, zu einer wahren Welle des Protestes und zu Zusammenstößen zwischen Landwirten und Arbeitern mit der Polizei gekommen war. Ganz nach dem Motto „ist nichts, wird nichts“ war auch der Privatisierungsprozess in Paraguay 2001 nur schwer ins Laufen gekommen, während die Kritiken an der undurchsichtigen Handhabung dermaßen zunahmen, dass er schließlich abgebrochen werden musste. Gleichzeitig wurden die Stimmen, die den Rücktritt Macchis forderten, immer lauter, denn er ist nicht vom Volk in sein Amt gewählt. Der Präsident ist in skandalöse Korruptionsfälle verwickelt und schafft es weder, die 35% Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung noch die 25% extremer Armut in ländlichen Gebieten zu reduzieren. Um dem die Krone aufzusetzen, rechnet man dieses Jahr mit einem Rückgang der Wirtschaft um 4%. Die nächsten Präsidentschaftswahlen werden im April 2003 stattfinden, und die Paraguayer werden eine wichtige Entscheidung für die Zukunft ihres Landes treffen müssen.

Am 4. Juli 2002 teilte Staatspräsident Luis González Macchi öffentlich die Entscheidung mit, den Prozess der internationalen Ausschreibung für die staatliche Telekommunikationsgesellschaft „Copaco“ (*Compañía Paraguaya de Comunicaciones*) zu stoppen. Auf Grund regelrechter „Volksaufstände“ mit häufigen Straßenblockaden, Demonstrationen und Streiks hatte die Regierung vom Verkauf des Unternehmens Abstand nehmen müssen, und auch die Verabschiedung des Privatisierungsgesetzes wurde im Senat vereitelt. Die Proteste hatten sich seit den ersten

Monaten des Jahres verstärkt und waren Teil einer Antiprivatisierungskampagne, die sich auf die „undurchsichtige“ Handhabung des staatlichen Reformprozesses und die Serie von Korruptionsfällen in diesem Bereich berief. Der Koordinationsstab der Bewegung war der Demokratische Volkskongress (*Congreso Democrático Popular*, CDP), bestehend aus den zwei wichtigsten Blöcken der Nicht-Regierungsorganisationen, die nach der Krise und beinahe Auflösung der von Korruption und Bürokratie schwer belasteten Gewerkschaftszentralen in Leben gerufen worden

* Übersetzung aus dem Spanischen von Inga Heilmann.

waren: erstens die *Plenaria Popular*, die entstanden war, nachdem die Aktivisten Juan Arrom und Anuncio Martí von der Bewegung *Movimiento Patria Libre* (MPL) durch parapolizeiliche Gruppen entführt worden waren, und zweitens *Frente contra la Enajenación de los Bienes Públicos*, die mit ihren Aktionen gegen die Reform der Staatsbanken mobilisierte. Diese Organisationen werden von den bedeutendsten Bauernverbänden des Landes unterstützt: der *Mesa Coordinadora de Organizaciones Campesinas* (MCNOC) und der *Federación Nacional de Campesinos* (FNC). Von April bis Juli des letzten Jahres beherrschten diese knapp dargestellten Ereignisse und Entscheidungen die Titelseiten aller paraguayischen Tageszeitungen wie *ABC Color*, *Última Hora* und *La Nación*.

Die soziale und wirtschaftliche Lage des südamerikanischen Landes ist alles andere als gut. Während der letzten zehn Jahre war die Zunahme des BIP nur minimal oder gleich Null, während das Bevölkerungswachstum höher als 2% war. Die paraguayische Zentralbank (*Banco Central del Paraguay*, BCP) und die Generaldirektion für Statistik, Umfragen und Erhebungen (*Dirección General de Estadística, Encuestas y Censos*, DGEEC) schätzen, dass die Wirtschaft im Jahr 2002 um 4,4% zurückging. Dagegen stiegen die Prozentwerte für Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung (35%), für extreme Armut (von der 25% der Landbevölkerung betroffen sind), und für die Verschuldung, die Unsicherheit und die Gewalt in alarmierender Weise an. Zu dieser erschütternden Problematik summiert sich der Faktor Politik, als konstantem Hauptdarsteller im Alltag der Paraguayer und wichtigstes „Brems“-Werkzeug für alle diejenigen, die davon profitieren, die Dinge genauso zu lassen, wie sie sind, und deren einzige Haltung die des Widerstandes gegen jede Art von Veränderung ist.

Paraguay ist ein stagnierendes Land, oder besser gesagt, ein „gebremstes“, und zwar durch eine höchst schädliche, hermetische, populistische und korrupte Struktur, die sich auf der politischen Ebene und dort, wo Entscheidungen getroffen werden, verfestigt hat. Auf dieselbe Struktur verlassen sich auch alle diejenigen, die behaupten, dass die Korruption zusammen mit *tereré* (eiskalt aufgegossener Mate) der *Guaranía* und der *Polka* (Volkstänze) zur nationalen Folklore gehöre.

Trotz dieser schwierigen Situation ist in der paraguayischen Gesellschaft aber eine alles andere als schwache Tendenz zur Änderung dieser Struktur zu spüren. Es gibt Leute, die gegen den ständigen Machtmissbrauch kämpfen und die Bevölkerung aus jenem Zustand der Schläfrigkeit

und des trägen Konformismus reißen wollen, welcher die Möglichkeit so sehr einschränkt, eine positivere Regierungsstruktur aufzubauen, von der auch die Mehrheit der Bürger profitieren kann, und nicht nur eine privilegierte Minderheit. Ein besonders deutliches Zeichen des Wandels spiegeln die Ereignisse letzten Jahres wieder, als sich große und breitenwirksame Massendemonstrationen der Zivilbevölkerung gegen die Regierung richteten und diese für die unsaubere und korrupte Handhabung der Staatsreform „bestrafte“. Insbesondere verurteilten die Protestbewegungen auch die Privatisierung der staatlichen Telefongesellschaft. In diesem Zusammenhang spielt der wachsende Unmut unter den Paraguayern über die Ende März 1999 erfolgte Ernennung González Macchis ohne vorhergehende Wahlen zum Präsidenten ebenfalls eine wichtige Rolle. Macchi hatte das Amt Dank einer „Fügung des Schicksals“ übernommen.

Kein einfacher Prozess

Um besser zu verstehen, wie es zu der oben beschriebenen Situation kam, muss man auf die letzten 10 bis 12 Jahre zurückblicken. 1989, nach dem Ende der Diktatur Alfredo Strössners, folgte die sogenannte „Übergangsperiode zur Demokratie“, welche sich durch Instabilität, Unsicherheit und Schwäche charakterisierte. Begünstigt wurde dadurch der Aufstieg militärischer „Abenteurer“, die mit der Unterstützung von Unternehmergruppen versuchten, an die Macht zu gelangen. Auf diese Weise erlangte auch der ehemalige General Lino César Oviedo stärkeren Einfluss in der Politik. Mit der Hilfe Cubas Graus, der 1998 das Amt des Präsidenten innehatte, erhielt er schließlich die Gelegenheit, auf die er so lange gewartet hatte, um das Land mit zu regieren. Ovidios Erfolg war nur von kurzer Dauer, da die permanente Opposition des Vizepräsidenten Luis María Argaña seine Pläne durchkreuzte. Was folgte? Am Morgen des 23. März 1999 wurde Argaña ermordet, wodurch eine Protestwelle losgelöst wurde, die wie ein Orkan über die Regierung von Cubas Grau hinwegfegte und sie vertrieb. Dies kostete mehreren Paraguayern das Leben, die sich den brutalen Kräften von Polizei, Militärs und gewalttätigen Zivilisten entgegen gestellt hatten, die für das Fortbestehen der „ovidistischen“ Strukturen waren. Nach Tagen der Zusammenstöße, die von *Última Hora* in der Ausgabe vom 26. März 1999 *Marzo Paraguayo* getauft wurden, trat Cubas Grau am 28. März von seinem Amt zurück, und der Senatspräsident, Luis González Macchi, übernahm die Präsidentschaft. Für außerordentliche Fälle dieser Art sieht

die paraguayische Verfassung neben der Möglichkeit, dass der Senatspräsident das Amt des Staatspräsidenten übernimmt, außerdem Präsidentschaftswahlen vor. In den Wirren der Situation und auch aufgrund der Stimmungsschwankungen innerhalb der Bevölkerung einigte man sich auf eine gemeinsame Regierung, bestehend aus den größten politischen Parteien: dem *Partido Colorado* (Konservative), dem *Encuentro Nacional* (PEN, entstanden als Alternative zu den Traditionsparteien nach der Diktatur) und dem *Partido Liberal Auténtico* (PLRA). Die Machtübernahme Macchis, die ursprünglich als temporärer Übergang gedacht war, wurde nun zu einer definitiven Tatsache, zumindest bis zum Jahr 2003, wie am 27. April 1999 vom Obersten Gerichtshof entschieden wurde, während Neuwahlen ausgeschlossen wurden.

Die schon erwähnte „politische Absprache“ dauerte nur kurz, weil sich der PLRA, eine der zwei traditionellsten Parteien neben dem *Partido Colorado*, Ende 2000 aus der Regierung zurückzog. Die Dispute um Macht und Einfluss führten zu einer permanenten Konfrontation, die nur eine Fraktion des PEN „überlebte“. Täglich wuchsen die Kritik und die Unzufriedenheit mit der Regierung angesichts der Fälle von Korruption, in welche González Macchi verstrickt war, wie z.B. die Veruntreuung von US\$ 16 Millionen der Zentralbank oder der Skandal um den Kauf eines illegalen Luxusautos, und über die von den Zeitungen *ABC Color* und *La Nación* schonungslos berichtet wurde.

Nichtsdestotrotz lagen und liegen die Wurzeln des Problems aber in der Unfähigkeit, soziale und wirtschaftliche Probleme zu lösen, auf Grund derer eine starke Opposition in allen Schichten der Bevölkerung und selbst im *Partido Colorado* entstand, Macchis eigener Partei. Diese Stimmungstendenz wurde bei den Neuwahlen für das Amt des Vizepräsidenten deutlich, die der Kandidat der Liberalen, Julio „Yoyito“ Franco, gewann. In der Regierung wurde die Situation aber nicht besser, eher zeigte sie zum wiederholten Male ernsthafte Schwächen in der Führung des Landes und in der Verabschiedung und Anwendung von wirksamen Maßnahmen zur Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung. Als ob das noch nicht genug gewesen wäre, entdeckte man in den ersten Monaten des letzten Jahres große Unregelmäßigkeiten im Privatisierungsprozess, und es tauchten neue Fälle von Korruption im für Reformen zuständigen Ministerium auf. Die Nationale Kontrollbehörde brachte weitere Veruntreuungen von Fonds und korrupte Machenschaften beim Privatisierungsplan der

Wasserwerke „Essap“ (vormals „Corposana“) ans Licht.

Zum Rücktritt nicht zu bewegen

Für González Macchi wurden die Aussichten jeden Tag düsterer. Lautstark wurde sein Rücktritt gefordert: Eine Woche lang machten sich Bauern und Studenten Luft, dann protestierten die Unternehmerschaft und die Kirche, und schließlich stimmten auch die Parlamentarier und eine Unzahl sozialer Organisationen in die Rufe nach Macchis Rücktritt ein. Alle Forderungen stießen bei dem Präsidenten aber auf taube Ohren. Dabei kam ihm das „Schreckgespenst“ der *Colorados* zugute, möglicherweise einen Präsidenten aus den Reihen des Erzfeindes PLRA, in der Person des Vizepräsidenten „Yoyito“ Franco, zu bekommen. Um dies zu verhindern, forderte der *Partido Colorado* nachdrücklich den doppelten Rücktritt, den des Präsidenten und den seines Vize, sowie die vorhergehende Bestätigung einer „Notfall“regierung und die Vorziehung des Wahltermins.

Der Antrag auf Rücktritt hatte aber ebenso wenig Erfolg wie der auf Amtsenthebung, weil die Abgeordneten des *Partido Colorado* jedes Vorgehen ablehnten, dass die Position ihrer Partei gefährden könnte. Konkret kam es im Juli 2001 zur Ablehnung des Antrages in der Abgeordnetenkammer. Trotz dieses „Schutzschildes“ wurden aber immer mehr Anklageanträge eingereicht, und so massiv wie nie zuvor wurden die Massendemonstrationen wieder aufgenommen. Zur Vervollständigung des negativen Bildes gab es im Juni 2002 Morddrohungen gegen Vizepräsident Franco, der mit dem Umfeld des Präsidenten und dem harten Kern der *Colorados* einen Dauerkonflikt austrug.

Von einem logischen Standpunkt aus könnte man meinen, der angebrachteste oder am wenigsten schädliche Ausweg seien der Rücktritt Macchis und die Durchführung von Neuwahlen gewesen, aber wie immer setzten sich die persönlichen Interessen der Mächtigen in Paraguay über die der Mehrheit hinweg. Dieses Jahr stehen turnusgemäß Präsidentschafts- und Parlamentswahlen an. Als Wahltermin wurde der 27. April 2003 festgelegt, an dem die Paraguayer eine neue Chance haben werden, über die Zukunft ihres Landes mitzubestimmen. Im Oktober vergangenen Jahres, kurz nach Bekanntgabe des Wahltermins, trat Franco von seinem Amt als Vizepräsident zurück, um seine Präsidentschaftskandidatur vorzubereiten. Seitdem gibt es parlamentarische „Verhandlungen“ über die Ernennung eines neuen Vizepräsidenten.

Ungenügende Investitionen auf dem Arbeitsmarkt

Eines der größten Probleme Paraguays ist die große Zahl Jugendlicher im arbeitsfähigen Alter die sich einem geringen Arbeitsangebot aufgrund des niedrigen Investitionsniveaus gegenüber sehen. Aus Statistiken des Ministeriums für Industrie und Handel (*Ministerio de Industria y Comercio*, MIC) geht hervor, dass in den zwischen 1998 und 2001 genehmigten Investitionsprojekten jährlich ca. 3.700 bzw. 8.400 Arbeitskräfte beschäftigt wurden, während nach offiziellen Schätzungen jedes Jahr 60.000 bis 70.000 Arbeitssuchende auf den Markt strömen. Die Wirtschaft des Landes konnte sich zudem nicht aus der Rezession befreien, die sich in den letzten fünf Jahren nur noch zuspitzte, weil es aufgrund der regionalen negativen Konjunktur und interner Finanzkrisen zu Unternehmensschließungen in Industrie und Handel kam. Konstante politische Instabilität tat ein Übriges, so dass sich für ausländische wie nationale Unternehmen insgesamt ein entmutigendes Investitionsklima ergab.

Ein bedeutender Aspekt ist hierbei, dass die Tendenz der realisierten Investitionen – hauptsächlich ausländische – in Richtung Dienstleistungsbereich geht und entsprechend keine massive Schaffung von Arbeitsplätzen zur Folge hat. Im Gegenteil nahmen die Projekte im produzierenden Gewerbe jährlich ab, was sich wiederum negativ auf neue Beschäftigungsmöglichkeiten auswirkte. Zwar konnte nach offiziellen Angaben ein Anstieg der Auslandsinvestitionen in Paraguay von €68 Millionen 2000 auf €166 Millionen 2001 verzeichnet werden, aber der soziale Nutzen ist dennoch unzureichend, weil zu wenig Arbeitsplätze geschaffen wurden.

Zu beachten sind in diesem Zusammenhang außerdem die großzügigen Steuerbefreiungen für Investitionsvorhaben, wie sie nach Gesetz 60/90 als steuerliche Investitionsanreize vorgesehen sind. Auf staatlicher Ebene hatte man schon mehrmals mit der Abschaffung der Steuerbefreiungen gedroht, da diese den Staat um Einnahmen bringen und das Ziel verfehlen, wirklich zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beizutragen. Mit dem Argument, gegenüber den anderen Mitgliedern des Mercosur benachteiligt zu werden, reagierte die Unternehmerschaft und andere Sektoren auf die Absicht der Regierung aber derart ablehnend, dass alle Initiativen sang- und klanglos endeten.

Beim Auslandskapital, das nach Paraguay gelangt, führten die USA 2002 die Liste mit 51% aller Investitionsprojekte an, gefolgt von England

mit 33% und den Nachbarländern Brasilien und Argentinien mit 8% bzw. 3%, und schließlich Taiwan mit 4%. Wegen der lokalen Instabilität, dem Mangel an Glaubwürdigkeit und der allgemeinen Unsicherheit bevorzugen die ausländischen Investoren „flexible“ kurz- oder mittelfristige Anlagen wie z.B. im Bereich der mobilen Telekommunikation. Nur in Ausnahmefällen wird in die industrielle und landwirtschaftliche Entwicklung investiert, wobei das Kapital dann in den Bau von großen Silos und Lagern für Soja und andere für den Export bestimmte Hülsen- und Körnerfrüchte fließt.

Agonie der Industrie

Seit fünf Jahren bemüht sich der Industriesektor um Mittel und Wege, einen Ausweg für die hohe Verschuldung seiner Betriebe und Unternehmen zu finden, die Monat für Monat die Zahl der Zwangsversteigerungen und die Aufträge an die Gerichtsvollzieher anwachsen lässt. Folglich verzeichnet die staatliche Entwicklungsbank (*Banco Nacional de Fomento*, BNF) viele Konkurse und zahlreiche unternehmerische Misserfolge im produktiven Gewerbe und im Transportwesen. Die Vergabe von Krediten an „Freunde“ der jeweiligen Regierung, ohne dass diese die erforderlichen Garantien bringen würden, führte beim BNF außerdem zu einer Anhäufung von Schulden (*clavos*, eigentlich „Nägel“), die nicht eingefordert bzw. beglichen werden. Wie bereits in den Finanzkrisen 1995 und 1997, als viele Banken schließen mussten, sowie in der aktuellen, wird zur Auszahlung der Guthaben von Konto- und Sparbuchinhabern stets auf öffentliche Fonds zurückgegriffen.

Paraguays Industrie befindet sich nach Angaben des MIC seit fast zehn Jahren in der Stagnation und trägt zum jährlichen BIP durchschnittlich nur 14% bei. Die Industriellen bringen diese Situation mit den schädlichen Auswirkungen des regionalen Integrationsprozesses in Verbindung, da seit dem Inkrafttreten des Mercosur-Abkommens Tausende von Arbeitsplätzen verloren gegangen sind und Hunderte Fabriken mussten schließen. Anklagen muss sich die Regierung zudem von Seiten der Gewerkschaften des produzierenden Gewerbes gefallen lassen, nach denen die Regierung unfähig sei, die Zollschranken der benachbarten Mercosur-Partner wirklich zu beseitigen. „Der paraguayische Markt wird von Produkten aus Brasilien und Argentinien überschwemmt, die mehrheitlich als Schmuggelware ins Land kommen, was durch die Abwertung der Währung in den Ländern noch stärker begünstigt wurde, und wir können nicht mal eine Stecknadel

auf brasilianischem oder argentinischem Territorium absetzen“, klagen die Gewerkschaftsvorsitzenden der *Unión Industrial Paraguaya*. In der Realität zeigt sich aber eher ein Szenario der geteilten Schuld, denn der geringeren Wettbewerbsfähigkeit der paraguayischen Industrieproduktion steht ein höheres Niveau der anderen Mercosur-Staaten gegenüber. Der Unternehmerschaft begegnet die Regierung mit dem Vorwurf, dass diese ihre Kredite für den Kauf von Luxusautos, Herrenhäusern und Vergnügungsreisen verwendeten, anstatt die Gelder in die Modernisierung ihrer Betriebe und Fabriken zu stecken. Aus der letzten nationalen Industrieerhebung (1997) geht hervor, dass mehr als 70% der Unternehmen „familiäre“ Strukturen beibehalten, keine *joint ventures* mit ausländischen Firmen eingehen und nur 13% der Industrieunternehmen überhaupt exportiert.

„Adiós“, Paradies in Ciudad del Este

Der Handel war traditionell immer der „Motor“ der paraguayischen Wirtschaft, besonders was die umfangreichen Umsätze durch den sogenannten „Einkaufstourismus“ betrifft. Bis 1989, als ein Putsch die Diktatur Alfredo Stössners beendete, kamen täglich Tausende Menschen aus Brasilien, Argentinien und anderen Ländern der Region nach Ciudad del Este, was damals noch den Namen des Diktators trug. Während der 90er Jahre änderte sich die Situation: starker internationaler Druck auf den Grenzhandel führte zu einem sturzartigen Fall der Umsätze. Brasiliens Regierung setzte z.B. die Quote für touristische Einkäufe auf paraguayischem Gebiet von US\$ 500 auf US\$ 150 pro Person herab, und man verstärkte die Grenzkontrollen. Außerdem entschied das Finanzministerium Paraguays die Streichung einer Reihe von Produkten von der Liste der Zollvergünstigungen, die eine bevorzugte Behandlung für nicht im Land hergestellte Importwaren vorsah. Diese Maßnahme war von den Industriellen und Unternehmern eingefordert worden, weil im Laufe der Zeit viele der Produkte sehr wohl in Paraguay selbst produziert werden konnten und die Beibehaltung der Zollvergünstigungen ihre Branche im Wettbewerb benachteiligen würde.

Die multinationalen Unternehmen der USA forderten ihrerseits „hartes Durchgreifen“ bei Markenfälschern und Vertreibern illegal produzierter Produkte. Das Geschäft mit Piraterie bei Tonträgern wurde zwar fortwährend bekämpft, aber nie hart genug, um es zu zerstören oder ernsthaft zu schädigen. Probleme mit der Verletzung geistigen Eigentums brachten Paraguay an

den Rand von Sanktionen durch die nordamerikanische Regierung, die stets mit der sogenannten „schwarzen Liste“ drohte, in der all diejenigen Länder aufgeführt sind, in denen die Interessen ihrer eigenen Unternehmen nicht gewahrt werden. Aus dieser Bedrohung rettete sich Paraguay im Jahr 2000 mit der Verabschiedung neuer Gesetze zum Urheberrecht, Patent- und Markenrecht in Übereinstimmung mit den Anforderungen der Internationalen Organisation zum Schutze Geistigen Eigentums (*Organización Mundial de la Protección Intelectual*, OMPI).

Eine weitere wichtige Aufgabe im Land erfüllen die offiziellen Vertreter der *Business Software Alliance* (BSA), die sich um den Schutz der Herstellerrechte von Computer- und Softwarefirmen bemühen. Auf Veranlassung der Regierung sollten sämtliche Ministerien und öffentliche Einrichtungen von Programmen ohne autorisierte Lizenzen „gereinigt“ werden; gleichzeitig begann die Verfolgung privater Unternehmen, die illegal Computer und IT-Zubehör herstellten oder vertrieben. In Folge dieser Maßnahmen kam es zu einem leichten Rückgang der Software-Piraterie, die nach Angaben der BSA aber sich nichtsdestotrotz immer noch um die 72% beläuft.

Zusammen führten die Verordnungen und Maßnahmen in Ciudad del Este zu einem Handelseinbruch von 70% bis 80%, so die Information der Handelsvereinigungen der Zone. Das *Centro de Importadores del Paraguay* weist darauf hin, dass der Protektionismus der Mercosur-Partner für die Verteidigung der Interessen ihrer eigenen Industrien den paraguayischen Handel ersticke. Vom Importsektor wurde die Regierung wiederholt vor den „gefährlichen“ Projekten gewarnt, die vorsehen, zollfreie Zonen in Puerto Iguazú (Brasilien, in der Nähe von Ciudad del Este), und in Clorinda (Argentinien, gegenüber von Asunción) einzurichten. Dies würde den ohnehin geschwächten nationalen Handel vollends „umbringen“, so die einhellige Meinung paraguayischer Unternehmer und einiger Abgeordneter. Schon jetzt schließen viele Geschäfte in den Passagen und Einkaufsstraßen der größeren Städte, gehen Arbeitsplätze verloren, und leiden auch die Nachbarländer unter diesen Folgen, schließlich überqueren tagtäglich Hunderte auf dem Weg zur Arbeit die Grenze nach Paraguay. Um zur Lösung dieses Problems beizutragen, wurden umfangreiche Industrieinvestitionen versprochen, damit die betroffenen Arbeitskräfte aufgefangen würden, doch bis heute blieb alles bei schönen, aber leeren Reden und Regierungserklärungen zur Lage der Nation.

Eine weitere „ewige“ Aufgabe ist die Umwandlung von Ciudad del Este von einem Handels- zu einem industriellen Produktionszentrum, wenngleich die Bewohner von der Richtigkeit und Zweckmäßigkeit dieses Vorschlages zur Lösung der sozialen und wirtschaftlichen Problematik nicht überzeugt sind.

Trotz dieser schwierigen Situation und der Verschlimmerung der meisten Probleme hält es der amtierende Präsident González Macchi für angebracht, irrsinnige Prognosen zu verkünden wie: „Wenn Itaipú und Yacyretá [zwei Wasserkraftwerke] mit der Begleichung ihrer Schulden abgeschlossen haben, wird das Land ab 2023 Milliarden von US Dollar einnehmen“ (*ABC Color*). Und einmal mehr wiederholen sich die Versprechen und Frechheiten der Regierungsvertreter in einem Land, dessen Menschen längst von so viel Unverantwortlichkeit und Heuchelei genug haben.

Informelle Arbeit und sozialer Verfall

Zwei von drei Paraguayern haben kein festes Gehalt, sondern sind von den täglichen Einnahmen aus dem Verkauf von Produkten im nationalen Handel abhängig. Aus den Angaben der DGEEC geht außerdem hervor, dass ca. 37% der arbeitenden Bevölkerung selbstständig ist, und zwar vor allem mit Tätigkeiten in der sogenannten informellen Wirtschaft. Viele Arbeitslose versuchen sich als Alternative zum Arbeitsplatzmangel am lokalen Markt im Verkauf von Waren jeder Art, meistens Nahrungsmitteln oder elektronischen Geräten.

Die Alleen und Hauptstraßen der Städte wimmeln von fliegenden Händlern, die eine ganze Bandbreite von Artikeln zum Kauf anbieten, von Erfrischungsgetränken bis Batterien, Uhren und Medikamenten, und alles zweifelhafter Herkunft. In jedem Bus fahren zwei oder drei dieser Verkäufer des „mobilen Geschäftes“ mit, was heutzutage mitunter ein Risiko für die Fahrgäste darstellt, denn oftmals wird nicht nur versucht, ihnen etwas zu verkaufen, sondern auch, die potentiellen Kunden bei der geringsten Unachtsamkeit auszurauben. Diese Art von Vorkommnissen ist nur eine der vielen Anzeichen für das hohe Niveau an Kriminalität und Unsicherheit, das in Folge der Arbeitslosenproblematik in den größeren Städten Paraguays herrscht. Damit übereinstimmend ergaben die jüngsten Umfragen der DGEEC in paraguayischen Haushalten eine konstante Zunahme der Arbeitslosigkeit und der Unterbeschäftigung. Die Zahl der Betroffenen stieg von 33% (2000) auf 37% (2001) und schwankt in diesem Jahr um die 40% - Daten, die

sich aus dem offenen wie verdeckten Arbeitslosenindex und der Zahl der unterbeschäftigten Bevölkerung ergeben und auf der erwähnten Umfrage basieren. Kurz- und mittelfristige Lösungen gibt es nicht, auch mangelt es völlig an einer entsprechenden Regierungspolitik, weshalb das wirtschaftliche und soziale Panorama als sehr negativ einzuschätzen ist. Die Inexistenz von konkreten Plänen oder angelaufenen Projekten macht alle Hoffnung auf einen leichten Rückgang der Arbeitslosenzahlen oder bestenfalls ein Anhalten des Verfalls der festen oder alternativen Arbeitsbedingungen zunichte.

Um wie viele Menschen es sich handelt, verdeutlichen die folgenden Angaben: Insgesamt beträgt die Bevölkerungszahl Paraguays ca. 5,8 Millionen Einwohner, von denen 74% im arbeitsfähigen Alter sind, also ungefähr 4,316 Millionen Menschen. Die wirtschaftlich aktive Bevölkerung beläuft sich auf 2.612.320 Einwohner, während nach DGEEC-Angaben 1.704 Millionen die wirtschaftlich inaktive Bevölkerung ausmachen.

Schwerwiegende Faktoren

Die wichtigsten Faktoren, welche die angesprochene Problematik beeinflussen, sind internen und externen Ursprungs. An erster Stelle ist der Einbruch der staatlichen Investitionen besonders im Bereich Infrastruktur zu nennen, was zu einem drastischen Rückgang der Arbeitskräfte im Bauwesen und im Straßenbau führte. Die Regierung verfügt nicht mehr über die Ressourcen, um Löhne und Gehälter der Angestellten im öffentlichen Dienst zu bezahlen, nachdem das Finanzdefizit angestiegen war und sich der Staatsapparat jährlich weiter vergrößert hatte, so dass man den wachsenden finanziellen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen konnte. 2003 beginnt für Paraguays Regierung mit einem äußerst dezimierten Etat, nachdem in den letzten Jahren die Steuereinnahmen im Finanzministerium veruntreut worden waren und die jährliche Steuerhinterziehung nach Schätzungen des Fiskus ca. 60% beträgt.

Ein weiterer schwerwiegender Faktor ist die irreguläre Handhabung der Kredite, die von internationalen Finanzorganisationen gewährt worden waren und die für Paraguay deshalb ein Anwachsen der Auslandsschulden und härteren Druck des Internationalen Währungsfonds (IWF) bedeuteten, der auf „Anpassungen“ in der Finanz- und Wirtschaftspolitik dringt. Im letzten Jahr intensivierten sich die Verhandlungen zwischen der Regierung Paraguays und dem IWF in der Bemühung, eine „finanzielle Panzerung“ zu finden, mit der die öffentlichen Ausgaben ge-

deckt werden könnten. Trotzdem gibt es hierbei aber zwei Aspekte, die sich dem in den Weg stellen: Zum einen stoppte die Regierung den Privatisierungsprozess, der vom IWF immer verlangt wurde, und zum anderen erheben zivile Organisationen und politische Sektoren Einsprüche gegen ein Abkommen dieser Art und argumentieren, dass es eine Überbelastung für die Bevölkerung zur Folge hätte, die sich in höheren Abgaben, höheren Benzinpreisen, niedrigeren Beamtenegehältern und anderen Nebeneffekten zeigen würde.

Korruption und Schmuggel sind ebenfalls zwei Probleme und Schlüsselargumente in der Kritik an der finanziellen Situation. Beide Verbrechen funktionieren reibungslos an den Zollstellen des Landes und ganz besonders an den Grenzen zu Brasilien in Ciudad del Este und Argentinien in Encarnación. Den ständigen Wechseln und Versetzungen der Zolldirektoren und Kontrolleuren zum Trotz konnten keine zufriedenstellenden Ergebnisse erzielt werden, da alle „Kampfstrategien“ an der politischen Unterstützung scheitern, auf welche die Schmugglerbanden und korrupten Zollbeamten nach wie vor zählen können.

Was die externen Faktoren betrifft, traf die Regionalkonjunktur, vor allem die Argentinienkrise Ende 2001, die Paraguayer empfindlich. Nicht nur ging der Umsatz paraguayischer Produkte stark zurück, auch der Konkurs mancher Firmengruppen wie „Velox“ (Bankeigentümer und Besitzer von Supermarktketten in Argentinien, Uruguay und Paraguay) hatte negative Auswirkungen auf das Land. Das letzte Beispiel hatte Mitte 2002 die Schließung des *Banco Alemán* in Asunción zur Folge und löste große Ungewissheit unter den Kontoinhabern aus, denen die komplette Erstattung ihrer Ersparnisse nicht garantiert werden konnte.

Die problematische Lage in Argentinien veranlasste viele paraguayische Familien, die im Nachbarland gelebt hatten, angesichts der Unsicherheit und der Gewalt in ihre Heimat zurückzukehren. Seit dem Jahr 2000 verzeichnet Paraguay eine wachsende Wiedereinbürgerung, die natürlich Auswirkungen auf die Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung in den urbanen Gebieten hat. Vor allem in Asunción und Umgebung bemerkt man eine Überbevölkerung, die in schnellem Rhythmus zunimmt. Die Rückkehr der im Ausland lebenden Paraguayer sowie die interne Migration der Landbevölkerung in die Hauptstadt stellen die grundlegenden Aspekte für die Konzentration oder Zentralisierung der Bevölkerung dar. Dass sich Armutsgürtel und Marginalisie-

rung in Asunción und Peripherie ausweiten, ist Ursache für permanente Konflikte, da viele Menschen fremdes Privateigentum besetzen, weil es ihnen unmöglich ist, ein eigenes Grundstück zu erwerben und sie aber trotzdem versuchen müssen, irgendwie zu überleben.

Lebensstandards und elementare Dienstleistungen

Paraguays Bevölkerung lebt mit einer ungenügenden Deckung der elementaren Dienstleistungen wie z.B. Trinkwasserversorgung, Infrastruktur und Kommunikation, was ein ständiges Hindernis für die Verbesserung der Lebensbedingungen und die soziale Entwicklung bedeutet. Nicht einmal die Hälfte (42%) der Haushalte, die von der DGEEC-Umfrage erfasst wurden, ist an die öffentliche Trinkwasserversorgung angeschlossen, die von der ehemaligen „Corposana“ (jetzt „Essap“) verwaltet wird. Festgestellt wurde sogar, dass ca. 26% der Haushalte sogar nur einen Brunnen ohne (hydraulische) Pumpe betreiben, was auch die gebräuchliche Methode von 50% der Haushalte in ländlichen Gegenden ist. 20% der dort ansässigen Familien sind zudem von der elektrischen Stromversorgung ausgeschlossen. Dieser Mangel in der Befriedigung der Grundbedürfnisse wird als Barriere für die wirtschaftliche Entwicklung des Landesinneren angesehen, weil sich unter diesen Umständen keine Unternehmen und Industrien niederlassen, durch die die Lage der arbeitslosen Bevölkerung verbessert werden könnte. Die meisten Fabriken haben eine eigene Energiezentrale und kümmern sich in Ausnahmefällen sogar selber um den Bau von Transportwegen und Brücken für ihre Produktion.

Die ungenügende Versorgung mit Dienstleistungen führte schließlich zur Entwicklung von Unternehmen ausländischer Geldgeber, die sich z.B. die geringe Ausbreitung des telefonischen Festnetzes zu Nutze machten: Im ganzen Land wurden nur knapp 19,3% der Haushalte vom Telefonnetz der ehemaligen staatlichen Telekommunikationsgesellschaft „Antelco“ erfasst, die heute „Copaco“ heißt und sich im Prozess der Privatisierung befindet. Selbst mitten in der Hauptstadt waren zunächst nur 52% der Haushalte von Antelco. Diese Situation begünstigte den Mobiltelefon-„Boom“, der „saftige“ Gewinne für die beteiligten Unternehmen abwarf. Wie die Umfrageergebnisse zeigen, hatten die Dienstleistungen des neuen Sektors in weniger als fünf Jahren 53% der Haushalte in Asunción erreicht.

Zusammen ergeben die Informationen ein Bild des Lebensstandards der paraguayischen Bevölkerung, der sich insgesamt verschlechtert

hat oder bestenfalls auf einem niedrigen Niveau stehen geblieben ist, was nicht zuletzt auf die anfangs geschilderten Probleme in der Regierung, aber auch auf externe Einflüsse zurückzuführen ist.

Die Probleme reichen von der umstrittenen Präsidentschaft González Macchis über die Folgen der alltäglichen und verallgemeinerten Korruption bis zu den Auswirkungen der regionalen wie internationalen Konjunktur, hauptsächlich der Krise in Argentinien und den heftigen Erschütterungen in Brasilien. Die Situation ist also kompliziert, weshalb es schwierig ist, kurz- oder mittelfristige Lösungen zu finden. Ein Wechsel in der Regierungsführung des Landes scheint aber die unerlässliche Bedingung zu sein, damit Paraguay wieder neue Hoffnung für die Zukunft schöpfen kann. Aus diesem Grund sind die anstehenden Präsidentschaftswahlen ein Schlüsselereignis für die Lösung der tiefgehenden Probleme dieser südamerikanischen Nation. Ende Dezember 2002 fanden bereits die partei-internen Wahlen zur Präsidentschaftskandidatur statt. Die Endergebnisse des PLRA und des PEN wurden allerdings erst Anfang Januar 2003 bekannt, da es

zu Uneinigkeiten zwischen den jeweiligen Kandidaten gekommen war. Aus der Partei der *Colorados* ging der ehemalige Bildungsminister der Regierung Macchis, Nicanor Duarte Frutos, als Sieger hervor, obwohl auch in seinem Fall Vorwürfe und Anklagen wegen Unregelmäßigkeiten bei der endgültigen Stimmauszählung nicht fehlten. Angesichts der bevorstehenden Wahlen am 27. April 2003 steigt in diesem paraguayischen Sommer also auch die soziale und politische Temperatur weiter an.

Literaturverzeichnis

- Bericht 2001: Dirección General de Estadística, Encuestas y Censos (DGEEC), Paraguay.
Banco Central del Paraguay (BCP); www.bcp.gov.py.
Censo Industrial Nacional 1997: Ministerio de Industria y Comercio (MIC); www.mic.gov.py.
Centro de Importadores del Paraguay (CIP).
ABC Color, Asunción, Paraguay; www.abc.com.py.
La Nación, Asunción, Paraguay; www.lanacion.com.py.
Última Hora, Asunción, Paraguay; www.ultimahora.com.py.
Business Software Alliance (BSA): Bericht 2002.

Autorennotiz:

Mauro Andrés Florentín Ortega; Journalist und Kommunikationswissenschaftler, '93 Abschluss an der *Facultad de Filosofía de la Universidad Nacional de Asunción*. Jahrelange Mitarbeit in *La Nación* u.a., Paraguay, und Auslandskorrespondent in Deutschland, Spezialgebiet: Wirtschaft, Mercosur und Investitionen; Praktika im Ibero-Amerika Verein Hamburg e.V. und im Institut für Iberoamerika-Kunde.
E-Mail: sitipe@hotmail.com

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) in Hamburg herausgegeben. Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IIK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Textverarbeitung: Ditta Kloth.

Bezugsbedingungen: € 61,50 p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); € 46,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); € 31,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von € 15,30 erhoben. Einzelausgaben kosten € 3,10 (für Studierende € 2,10). BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaci 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-mail: iikh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.duei.de/iik>